



Russlandanalysen

Nr. 29

4.6.2004

Inhalt

Analyse

Wohlstand, Normalität, Transparenz, Wettbewerb, Demokratie. Hans-Henning Schröder, Bremen 2

Tabellen und Graphiken zum Text

Das Echo der Präsidentenbotschaften in der Bevölkerung 5

Kommentar

Konsolidierung – neues Selbstbewusstsein – Offensive am Weltmarkt. Jakob Fruchtmann, Moskau 9

Dokumentation

Botschaft an die Föderalversammlung der Russischen Föderation (Auszüge) 10

Chronik

Vom 26. Mai bis zum 2. Juni 2004 12

Wohlstand, Normalität, Transparenz, Wettbewerb, Demokratie

Der russische Präsident über die Lage der Nation und die anstehenden Aufgaben

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

In der alljährlichen Botschaft zur Lage der Nation stellte Präsident Putin diesmal das Wohlergehen des einzelnen Bürgers in den Mittelpunkt. Während er die großen politischen Themen weitgehend beiseite ließ, konzentrierte er sich auf praktische Fragen – auf Wohnungsbau, Gesundheit, Bildung, auf die Reform des Staatshaushalts, das Steuersystem und die Verkehrsinfrastruktur. Brisante Fragen wie den Fall Chodorkowskij, die Irak-Frage, die Reform der sozialen Sicherungssysteme oder die Preise für kommunale Dienstleistungen ließ Putin beiseite. So entwirft die Botschaft keine politische Vision, sondern erörtert sachlich notwendige Reformschritte. Irritierend sind xenophobe Untertöne, Anspielungen des Präsidenten auf „ausländische“ Machenschaften.

Analyse

Wohlstand, Normalität, Transparenz, Wettbewerb, Demokratie

Der russische Präsident über die Lage der Nation und die anstehenden Aufgaben

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nur 47 Minuten dauerte diesmal die Ansprache, in der der russische Präsident den beiden Häusern des Parlaments die alljährliche Botschaft zur Lage der Nation vorstellte. Das ist sehr kurz für eine Rede, von der sich viele Beobachter Hinweise auf die politische Agenda für Putins zweite Amtszeit erhofft hatten. Es war denn auch kein politischer Entwurf, den der Präsident am 26. Mai vortrug, es war eher eine Auflistung der geplanten Teilreformen. Hatte Putin in früheren Botschaften durchaus klare politische Zielvorgaben formuliert und harsche Kritik an Missständen geübt, konzentrierte er sich diesmal auf „technische“ Aspekte der Reformpolitik und ließ die politischen Streitfragen nur am Rande aufklingen. Die Botschaft war „businesslike“, doch sie war eher der Vortrag des geschäftsführenden Vorstands des Unternehmens „Russische Föderation“ und nicht die des Politikers und Staatsmannes.

Wohlstand und Normalität

Die Botschaft stellt das Wohlergehen der russischen Bürger in den Vordergrund, das Ziel eines „hohen Lebensstandards, ein sicheres, freies und komfortables Leben“. Grundlage für die Verwirklichung dieses Vorhabens soll ein rasches Wirtschaftswachstum sein – die Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf bis zum Jahre 2010. Russland, so erklärte der Präsident, müsse rascher wachsen als die übrige Welt. Nur so könne das Land ökonomisch überleben und „einen würdigen Platz ... in dem sich rasch wandelnden internationalen Umfeld“ einnehmen. Gelöst werden aber müsse diese Aufgabe von den Bürgern, für die man „normale“ Lebensbedingungen schaffen müsse. Dazu gehöre eine Verringerung der Kriminalität und eine verbesserte demographische Situation.

Aus diesem Grund, so Putin, werde er diesmal nicht die großen sozialökonomischen Themen herausstellen, sondern die praktischen Aufgaben, die jeden Bürger, jede Familie betreffen würden. Wohnen, Gesundheit, Bildung und Armut sind die Aspekte, die Putin im ersten Teil seiner Rede behandelte. Den sozialen Problemen widmete der Präsident etwa die Hälfte seiner Redezeit. Im einzelnen forderte der Präsident folgendes:

- Bis 2010 soll mindestens ein Drittel aller Bürger imstande sein, mit eigenen Ersparnissen und Wohnungskrediten eine moderne Wohnung zu erwerben. Dazu soll ein System langfristiger Wohnungskredite (offenbar eine Art Bausparmodell) geschaffen werden, ferner sollen auch Personen mit mittlerem Einkom-

men die Möglichkeit erhalten, Hypotheken aufzunehmen. Bürokratische Hindernisse sollen abgebaut und Wettbewerb im Wohnungsbau soll den Markt transparenter machen. Anstrengungen sind zu unternehmen, um tatsächlich Bedürftigen – etwa jungen Familien – Zugang zu Sozialwohnungen zu verschaffen.

- Die unentgeltliche Gesundheitsfürsorge für alle soll endlich praktisch durchgesetzt werden. Der Präsident fordert, Standards für eine kostenlose medizinische Grundversorgung zu formulieren und ihnen landesweit Gültigkeit zu verschaffen. Nur zusätzliche Versorgungsleistungen und erhöhter Komfort soll kostenpflichtig sein. Dazu wird die Regierung rechtliche Regelungen über eine Pflichtkrankenversicherung, über staatliche Versorgungsgarantien, über die Möglichkeiten privater Praxis und eine Versorgung gegen Entgelt ins Parlament einbringen.
- Der Präsident will das Bildungswesen ausbauen und leistungsfähiger machen. Die Aufblähung des Bildungsmarktes hat, so Putin, zu einer Welle von Hochschulneugründungen geführt, die oft genug nicht qualifiziert ausbilden. Obendrein sind Kinder weniger begüterter Eltern vom Hochschulzugang in der Regel ausgeschlossen. Von nun an will Putin allen talentierten Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern die Chance auf eine Hochschulausbildung verschaffen. Dazu sollen die Eintrittsexamen transparenter gemacht werden. Bildungskredite und Stipendienverträge sollen Studenten in perspektivisch wichtige Ausbildungsgänge lenken. Schließlich will der Präsident moderne Ausbildungsstandards durchsetzen.
- Armut ist in Russland ein zentrales Problem. 30 Millionen Menschen haben gegenwärtig ein Einkommen, das unter dem Existenzniveau liegt. Um die sozialen Probleme – einschließlich der Armut – zu beseitigen, soll das Wirtschaftswachstum weiter beschleunigt werden. Bis 2010 will der Präsident das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung verdoppeln.

Optimierung staatlichen Handelns

Im zweiten Teil wandte Putin sich dann strukturellen Fragen zu: der Reform des Staatshaushalts, der Steuerpolitik, der Lizenzierung der Nutzung von Bodenschät-

zen, der Infrastruktur und der Armee:

- Die Erstellung und Umsetzung der Haushalte auf allen Ebenen soll optimiert und das aufgeblähte Netz von aus Haushaltsmitteln finanzierten Einrichtungen restrukturiert werden. Die Regierung will Einrichtungen, die nicht der Leitung oder der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben dienen, aus ihrer Kompetenz abgeben. Ferner sollen die Haushaltszuständigkeiten zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen – Zentrum, Regionen und Kommunen – neu geregelt werden.
- Die Steuerpolitik soll in den nächsten zwei Jahren effektiver gestaltet werden mit dem Ziel, die Unternehmen weiter zu entlasten, und das Steuersystem für alle Wirtschaftsakteure gerechter und durchschaubarer zu machen. Das Steuersystem soll stärker auf die Förderung von Investitionen und Wirtschaftsentwicklung ausgerichtet werden. Die einheitliche Sozialsteuer, die die Lohnnebenkosten zusammenfasst, soll gesenkt werden, um Schwarzarbeit zu vermindern. Die Mehrwertsteuer soll gesenkt, das Verfahren zu ihrer Erhebung modernisiert werden. Die Optimierung der Steuersphäre – so Putin – muss scharf abgegrenzt werden von Fällen der „kriminellen Steuerhinterziehung“. Damit spielt er auf den Fall Chodorowskij an, der offenbar weiterverfolgt werden soll.
- Einen weiteren Bereich thematisiert der Präsident in diesem Zusammenhang: das System zur Vergabe von Lizenzen zur Nutzung von Bodenschätzen soll transparenter und weniger korruptionsanfällig gestaltet werden. An die Stelle von Verwaltungsentscheidungen sollen Auktionen treten.
- Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll die Bedingungen für ein rascheres Wirtschaftswachstum verbessern. Durch Wettbewerb will Putin die Qualität bei sinkenden Kosten erhöhen. Die Heranziehung privater Mittel wird nicht ausgeschlossen, wenngleich der Präsident in seiner Rede davon ausgeht, dass die Infrastrukturentwicklung noch lange in der Hand des Staates bleiben wird. Speziell beim Pipelinebau betont er das gesamtstaatliche Interesse und warnt davor, diese Projekt den Interessen einzelner Unternehmen zu unterwerfen.
- Die Leistungsfähigkeit der Armee soll durch Modernisierung und durch Fortentwicklung taktischer, operativer und strategischer Nuklearwaffen gesteigert werden. Die sozialen Sicherungen für Soldaten sollen verbessert, ihre Wohnraumversorgung über ein Bauparsystem gesichert werden. Auch im Bereich der Armee will der Präsident die Ausgaben optimieren und transparenter machen. Dazu fordert er zivile Kon-

trolle über die Restrukturierungsmaßnahmen. Diese „Ökonomisierung“ und „Zivilisierung“ der Militärpolitik ist ein neuer Akzent.

Außenpolitik und Zustand der Demokratie

Nachdem die Botschaft die sozialen Probleme und die der Optimierung staatlichen Handels thematisiert hatte, wendet sie sich schließlich doch noch drei politischen Fragen zu – der Außenpolitik und dem Terrorismus, sowie dem Zustand der Demokratie in Russland.

- Mit Befriedigung stellt der Präsident fest, dass die positive Wirtschaftsentwicklung sich günstig auf die internationale Position Russlands ausgewirkt hat. Insofern sieht er keinen Anlass, den außenpolitischen Kurs zu ändern. Erste Priorität haben nach wie vor die Beziehungen zu den Staaten der GUS, die man insbesondere durch ökonomische Integration vertiefen will. Ein Eintritt in die WTO unter Bedingungen, die für Russland günstig sind, wird an zweiter Stelle genannt. Die Beziehungen mit der erweiterten EU sollen ökonomisch und geistig enger gestaltet werden: neue Möglichkeiten für das „künftige Große Europa“. Mit den USA, China, Indien und Japan will man den ökonomischen und politischen Dialog weiterentwickeln.
- Der internationale Terrorismus ist auch in den Augen der russischen Führung eine der großen Gefahren des 21. Jahrhunderts und seine Bekämpfung Aufgabe der Weltgemeinschaft unter Einsatz des Instrumentariums der UN und des Völkerrechts. Dieses Thema wird unmittelbar mit dem Krieg in Tschetschenien verknüpft. Der Präsident unterstreicht noch einmal, dass es hier keine Änderung der harten Linie geben wird. Die Menschenrechte sollen allerdings durch die gegen den Terrorismus gerichteten Maßnahmen nicht geschwächt werden.
- Der Zustand der Demokratie in Russland ist das letzte Thema, das der Präsident in seiner Botschaft anspricht. Er konstatiert Fortschritte, doch er stellt auch fest, dass sich das Land hier noch ganz am Anfang des Weges befinde und dass ohne eine gereifte Bürgergesellschaft die anstehenden Probleme kaum gelöst werden können. Die Einrichtungen der Bürgergesellschaft sollen gestärkt, ihre Zusammenarbeit mit den Parteien soll ausgebaut werden.

Damit und mit der Feststellung, dass kardinale Änderungen in der Außen- und Innenpolitik und in der Wirtschaftspolitik völlig ausgeschlossen seien, schließt Putin seine Rede ab.

Was fehlt?

Dass Putins kurze Rede nicht alle Aspekte russischer Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik fassen kann, ist verständlich. Sein Vorgänger Jelzin etwa trat – schon aufgrund seines Gesundheitszustandes – auch nur kurz vor dem Parlament auf, doch gab es neben der kurzen mündlichen Fassung regelmäßig eine lange schriftliche, die etwa im Jahre 1998 in der Internetfassung 54 Seiten umfasste (gegenüber 11 Seiten Putins 2004). Diese Mühe macht sich Präsident Putin nicht – und damit unterstreicht er deutlich die geringe Bedeutung, die im „System Putin“ dem Parlament zugemessen wird.

Naturgemäß fragen sich Analytiker und Journalisten, was in der Botschaft fehlt. Was offensichtlich fehlt, ist das Moment offener Auseinandersetzung. Hatte der Präsident früher Missstände direkt angesprochen und mitunter harsch kritisiert, fällt 2004 kein hartes Wort. Weder spricht Putin von der „Diktatur des Gesetzes“ noch geißelt er die Korruption im Staatsapparat. Er greift auch nicht die „Oligarchen“ an. Wie es scheint, ist die Zeit des Konflikts vorbei: nach der Lösung der Machtfrage – und neben Putin und seinem Apparat gibt es derzeit keine politische Kraft – ist offene Auseinandersetzung nicht mehr vonnöten.

Allerdings greift die Botschaft viele Probleme implizit auf. Die Ineffizienz des Staatsapparats, die Korruption, die endemisch ist – gerade unlängst wurden wieder 100 „Werwölfe“ (so bezeichnet die russische Presse korrupte Polizisten) in Moskau verhaftet –, die Schwächen des Rechtssystems, die Symbiose zwischen Staatsverwaltung und „Oligarchen“ werden zwar nicht direkt angesprochen, doch diese Probleme scheinen immer wieder durch. Wenn Putin Transparenz und Wettbewerb fordert, so richtet sich das gegen korrupte Apparate in Ministerien, Regionen und Kommunen, die einzelnen Geschäftsleuten Sonderkonditionen einräumen. Mag sein, dass diese indirekte Annäherung sogar effektiver ist als die direkte Polemik. Denn größere Öffentlichkeit und bessere Regeldurchsetzung sind langfristig sicher wirksame Mittel, den Korruptionssumpf trocken zu legen – wirksamer als Attacken auf Einzeltäter.

Allerdings – und das fehlt tatsächlich in der ganzen Rede – gibt Putin keinen Hinweis darauf, wie er Transparenz und Wettbewerb durchsetzen will. Die Botschaft beschränkt sich auf Willenserklärungen ohne Handlungsanweisung. Und das macht die große Schwäche der diesjährigen Botschaft aus.

Was ferner fehlt, das ist die Thematisierung aktueller politischer Konflikte. So gibt es kein Wort zum Irak-Konflikt und zur Rolle der USA. Die Erwähnung von UN und Völkerrecht zeigt an, dass die russische Führung ihre kritische Haltung zum Vorgehen der Bush-Administration nicht grundsätzlich verändert hat, doch das wird eben nicht explizit ausgesprochen. Auch der Fall Cho-

dorkowskij mit allen seinen Implikationen für die Rolle in- und ausländischer Wirtschaftsakteure in Russland wird nicht thematisiert. Weder gibt es eindeutige Aussagen zum Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft noch wird die Haltung gegenüber ausländischen Investoren, die durch Äußerungen über Nationalisierung von Bodenschätzen irritiert sein könnten, thematisiert. Allenfalls Randbemerkungen über „kriminelle Steuerhinterziehung“ und Transparenz bei der Lizenzvergabe für Bodenschätze berühren diese Fragen indirekt.

Schließlich fällt noch auf, dass Putin zwei sozialpolitisch brisante Themen ausklammert. So fällt kein Wort zu den sozialen Sicherungssystemen, die – ebenso wie das Gesundheits- und Bildungswesen – dringend der Reform bedürfen. Und er vermeidet es, die Frage der Kosten der kommunalen Dienstleistungen anzusprechen. Bei der Wasser- und Energieversorgung sind in den Kommunen erhebliche Investitionen notwendig, die eigentlich eine Anhebung der entsprechenden Abgaben erforderlich machen würden. Auch im Zusammenhang mit dem WTO-Beitritt ist dies ein Thema. Ob diese Auslassungen bedeuten, dass die Putin-Administration diese schmerzhaft und unpopuläre Reform nicht in Angriff nehmen will, oder ob er sie aus Opportunitätsgründen nicht öffentlich ansprechen will, muss dahingestellt bleiben.

Befremdliche Untertöne

So sachlich und zurückhaltend die Botschaft insgesamt formuliert ist, so gibt es doch einige Untertöne, die den Beobachter irritieren. Zweimal ergeht sich der Präsident in unklaren Andeutungen über „ausländische“ Machenschaften. Eingangs lässt er durchblicken, es gebe Kräfte in der Welt, die auf Russland Druck ausüben und seine positive wirtschaftliche Entwicklung mit Argwohn betrachten würden. Den Vorwurf des „Autoritarismus“, der der russischen Führung gerade im Zusammenhang mit den Wahlen 2003 und 2004 von vielen Beobachtern gemacht wurde, stellt Putin in diesen Zusammenhang. Und im Abschnitt über den Zustand der Demokratie in Russland warnt er – ohne Namensnennung und ohne konkret zu werden – unvermittelt vor „nicht-politischen gesellschaftlichen Organisationen“, die von ausländischen Finanzmitteln abhängig sind, und dementsprechend ausländische Interessen vertreten.

Wenn man weiß, dass Organisationen wie „Memorial“ ihre karitative und historische Arbeit nur mit Hilfe von internationalen Stiftungsmitteln – auch aus Deutschland – durchführen können, so muss Putins Anmerkung Sorge über die Zukunft kritischer NGOs hervorrufen. Hier scheint eine xenophobe Einstellung durch, die einer modernen Staatsführung, die auch internationale Verantwortung trägt, nicht gut ansteht. Ob dies Anzeichen eines wachsenden Isolationismus russi-

scher Politik ist, muss genau beobachtet werden.

Putins Botschaft an die Föderalversammlung hinterlässt also einen ambivalenten Eindruck. Gewiss ist sie zunächst eine sachliche, unaufgeregte Auflistung notwendiger Reformschritte, die auf die Verbesserung der sozialen Situation der Masse der Bevölkerung gerichtet sind. In der Fokussierung auf sozialpolitische Fragen reagiert sie auf die Erwartungen der Bevölkerung (vgl. Abbildung auf Seite 7). Insofern haben bei der Entscheidung, keine politische, sondern eine „sozial-technologische“ Rede zu halten, offensichtlich auch die „Polittechnologien“ –

die *spin doctors* der Präsidentialadministration – die Hand im Spiel gehabt. Dass die Botschaft bewusst schwierige Themen auslöst, latente gesellschaftliche Konflikte verschweigt und obendrein fremdenfeindliche Ängste bedient, dürfte ebenfalls „polittechnologischem“ Kalkül entspringen. Insofern wirken die Formulierungen, die der Entwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft gewidmet sind, nicht sonderlich glaubwürdig. Die Botschaft zeugt von wachsender staatlicher Stabilität, nicht von demokratischer Konsolidierung.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autor:

Professor Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

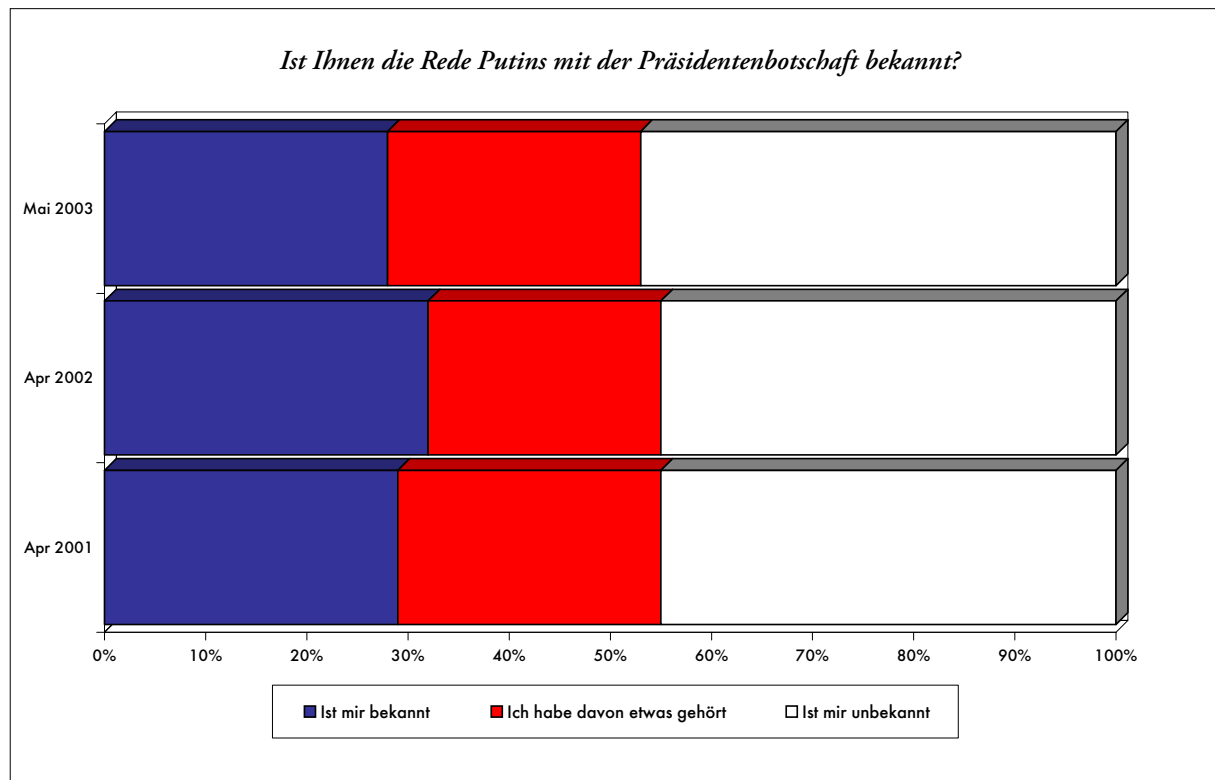
Lesetipps

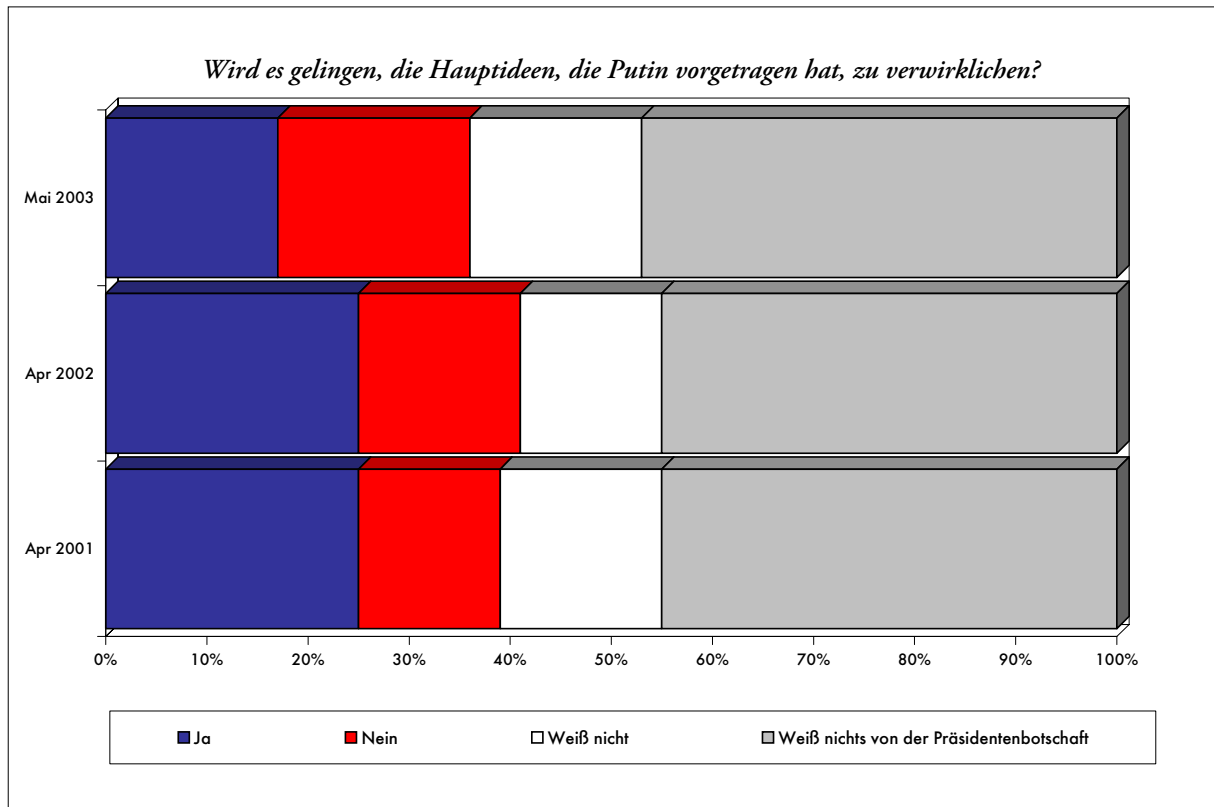
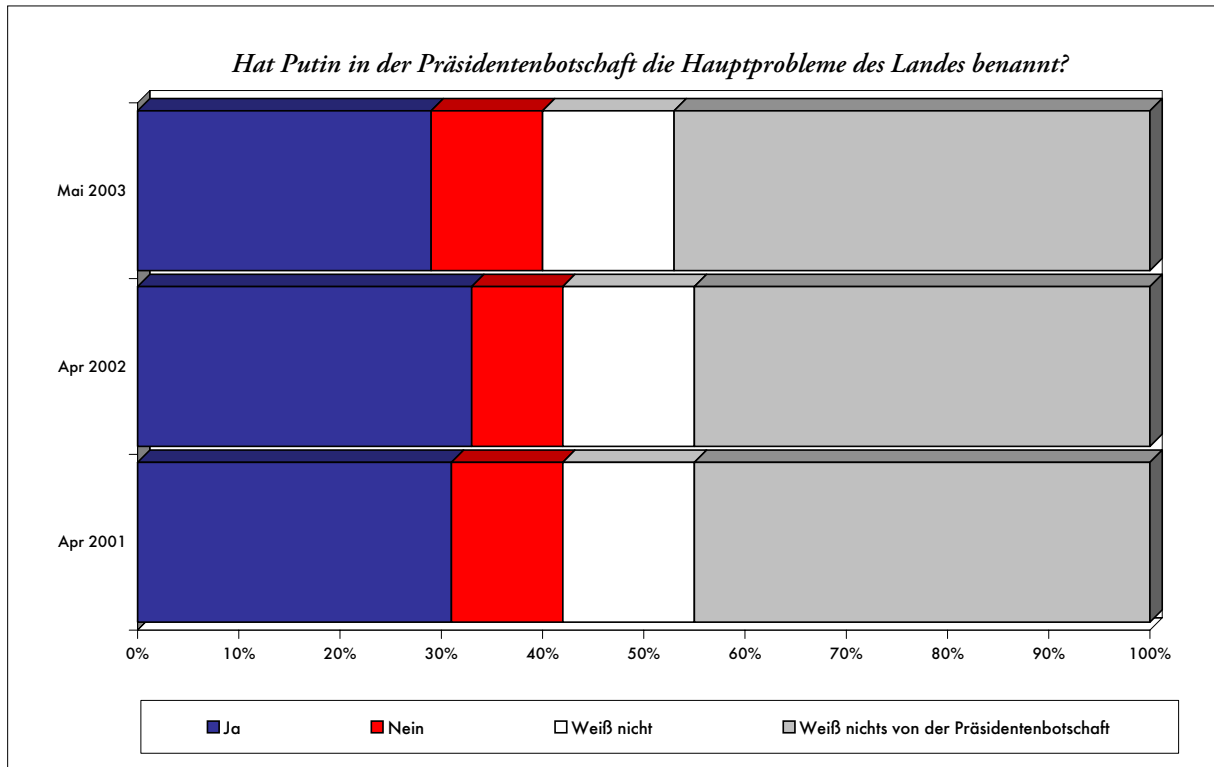
Der volle russische Text der Botschaft findet sich unter: <http://president.kremlin.ru/text/appears/2004/05/64879.shtml>

Tabellen und Graphiken zum Text

Das Echo der Präsidentenbotschaften in der Bevölkerung

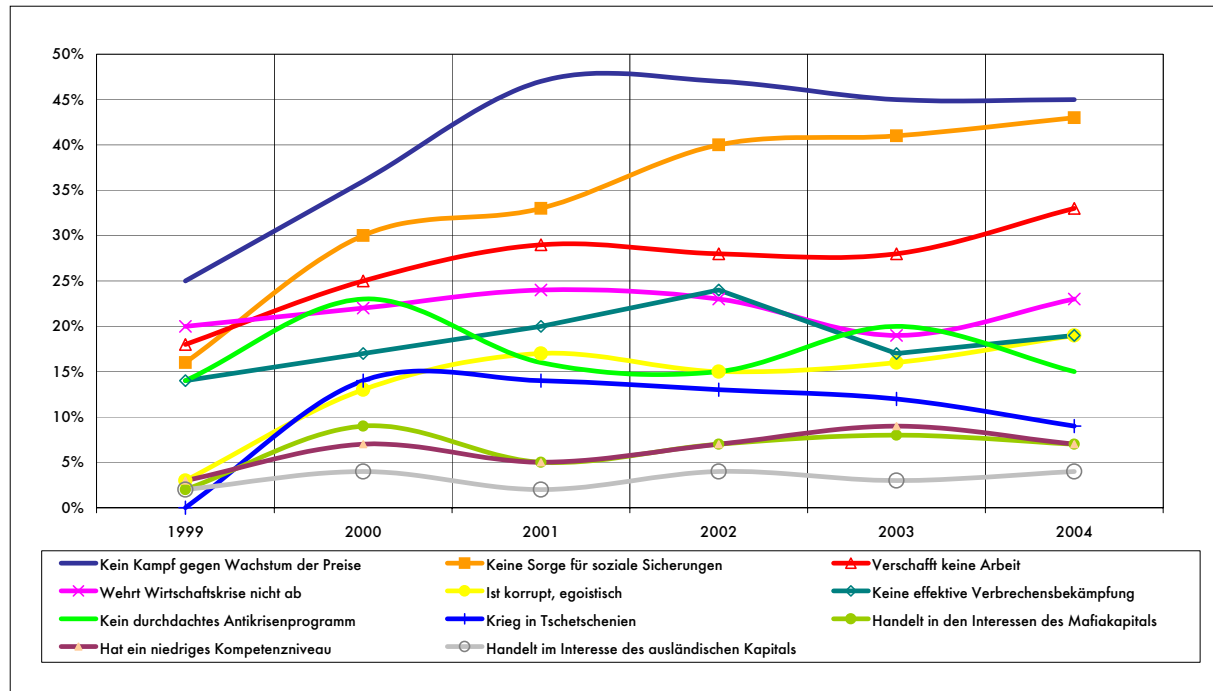
Reaktionen auf Präsidentenbotschaften in den Jahren 2001–2003





Erwartungen an die Regierung, Mai 2004

Welches ist Ihre Hauptkritik an der Regierung? (Mehrere Antworten möglich)

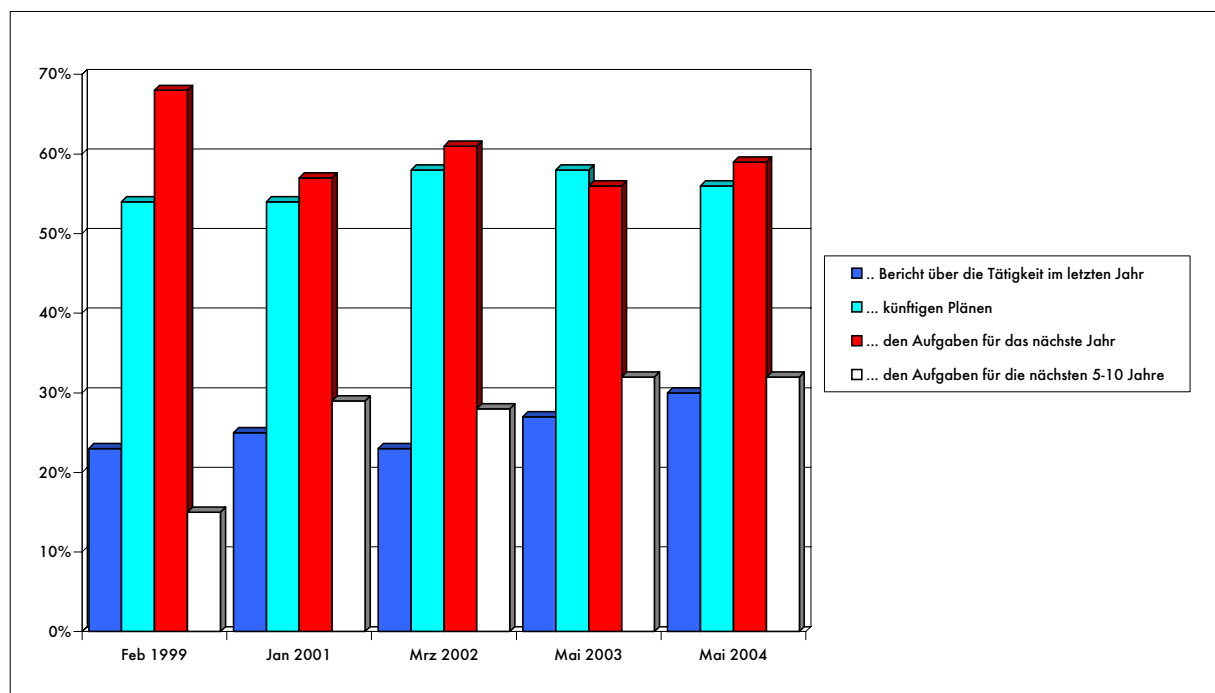


	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Kann das Wachstum der Preise und das Sinken der Einkommen nicht verhindern	25%	36%	47%	47%	45%	45%
Sorgt sich nicht um die soziale Sicherung der Bevölkerung	16%	30%	33%	40%	41%	43%
Kann den Menschen keine Arbeit verschaffen	18%	25%	29%	28%	28%	33%
Kann Wirtschaftskrise und Fall der Produktion nicht abwehren	20%	22%	24%	23%	19%	23%
Ist korrupt, handelt vor allem im eigenen Interesse	3%	13%	17%	15%	16%	19%
Kämpft nicht effektiv genug mit dem Verbrechen	14%	17%	20%	24%	17%	19%
Kann die Sicherheit der Bürger nicht gewährleisten, ist unfähig, mit den Terroristen fertig zu werden	10%	9%	14%	14%	13%	18%
Hat kein durchdachtes Programm, um die Krise zu überwinden	14%	23%	16%	15%	20%	15%
Führt einen „merkwürdigen“ Krieg in Tschetschenien	-*/	14%	14%	13%	12%	9%
Handelt in den Interessen des Mafiakapitals	2%	9%	5%	7%	8%	7%
Hat ein niedriges Kompetenzniveau	3%	7%	5%	7%	9%	7%
Handelt im Interesse des ausländischen Kapitals	2%	4%	2%	4%	3%	4%
Anderes	3%	4%	4%	5%	6%	7%
Habe keine Kritik an der Regierung	24%	9%	8%	8%	7%	8%
Weiß nicht	18%	6%	8%	4%	6%	3%

-*/ - war nicht unter den vorgegebenen Antworten

Nach: www.levada.ru/press/2004052802.html, 31. Mai 2004

Die Präsidentenbotschaft muss folgenden Themen größere Aufmerksamkeit zuwenden ...



Was die Russen von der Präsidentenbotschaft erwarteten

	Feb 1999	Jan 2001	Mrz 2002	Mai 2003	Mai 2004
--	----------	----------	----------	----------	----------

Von der alljährlichen Präsidentenbotschaft an die Föderalversammlung...

..wissen Sie, haben Sie gehört?	45%	48%	55%	63%	72%
...hören Sie das erstmal	51%	40%	39%	34%	25%
Residuum	4%	12%	6%	3%	3%

Die Rede des Präsidenten mit der Präsidentenbotschaft an die Föderalversammlung, das ist ...

... ein wichtiges Ereignis im Leben des Landes		52%	53%	59%	61%
... kein wichtiges Ereignis im Leben des Landes		23%	22%	22%	24%
Residuum		25%	25%	19%	15%

Die Präsidentenbotschaft muss folgenden Themen größere Aufmerksamkeit zuwenden ...

... Bericht über die Tätigkeit des Präsidenten und der Regierung im letzten Jahr	23%	25%	23%	27%	30%
... künftigen Plänen	54%	54%	58%	58%	56%
... den Aufgaben für das nächste Jahr	68%	57%	61%	56%	59%
... den Aufgaben für die nächsten 5-10 Jahre	15%	29%	28%	32%	32%

Nach: http://bd.fom.ru/report/cat/policy/president2/poslanie_prezidentala_poslanya_Putin/of041901

Kommentar

Konsolidierung – neues Selbstbewusstsein – Offensive am Weltmarkt

Jakob Fruchtmann, Feodor Lynen Stipendiat der Alexander von Humboldt Stiftung / IKSI-RAN, Moskau

Die diesjährige Ansprache Putins unterscheidet sich deutlich von ihren Vorläufern. Sie markiert einen Wendepunkt, wenn nicht in der russischen Politik, so doch zumindest in deren Selbstbewusstsein und Selbstdarstellung. Putin markiert in seiner Rede ausdrücklich den Beginn einer neuen Etappe russischer Politik. Er gliedert die postsowjetische Periode in drei Phasen: zunächst wurde das sowjetische Wirtschaftssystem niedergerissen, in der zweiten Etappe wurde „der Schutt weggeräumt“. Jetzt hat die dritte Etappe begonnen, in der es möglich geworden ist, längerfristige, strategische Entscheidungen zu treffen. Es liegt nahe, dass es sich bei der ersten Etappe um die Jelzin-Periode, bei den folgenden aber um die erste und zweite Amtszeit Putins handelt.

Hier wird das Selbstbewusstsein sichtbar, das die gesamte Ansprache durchzieht. Nachdem die Russische Föderation konsolidiert ist, nachdem die wichtigsten Gegenspieler neutralisiert sind und die „Vertikale der Macht“ gegen regionalpolitische und wirtschaftsmächtige Konkurrenten durchgesetzt wurde, scheint Putin die Zeit gekommen, konkrete, langfristige politische Ziele zu verfolgen. Aus dem selben Grund sucht man in der Ansprache auch vergeblich nach Polemiken gegen Parteien, gegen Gouverneure oder die sogenannten „Oligarchen“. Allgemein wird von Beobachtern ein „geringer politischer Anteil“ konstatiert. Aleksej Makarkin vom Zentrum für politische Technologie (CPT) stellt fest, dass der Kreml im vergangenen Jahr eben alle politischen Probleme bereits geklärt habe: „Es gibt keinen liberalen Flügel, die Kommunisten haben eine vernichtende Niederlage erlitten, die Partei der Macht hat ihre politische Aufgabe erfüllt“.

Der Präsident konzentrierte sich daher auf Themen der Sozialpolitik (12 ½ Minuten von insgesamt 47, von letzteren knappe 9 Minuten Einleitung, übrige Themen je 1-5 Minuten). Insbesondere die Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungspolitik wurden behandelt. Dabei wurde ein typisches Grundmuster Putinscher Sozialpolitik sichtbar: rhetorisch wird die Sorge um die materiellen Probleme breiter Bevölkerungsschichten in den Mittelpunkt gestellt. Um Abhilfe zu schaffen, setzt Putin auf eine *Devirtualisierung der russischen Sozialpolitik*. Die *de jure* existierenden, bislang aber *de facto* nicht eingelösten staatlichen „Versprechungen“ sollen nun entweder „ehrlich“ gestrichen oder tatsächlich eingelöst werden und zwar auch durch die Privatisierung von Teilbereichen sozialer Dienstleistungen.

Neu im Vergleich zu seinen früheren Parlamentsansprachen ist, dass diese Maßnahmen nicht mehr aus der Perspektive drohender, sozial begründeter Gefährdungen

der nationalen Sicherheit vorgestellt werden. Praktisch folgt daraus zumindest, dass auch keine sozialen Leistungen mehr angesprochen werden, die vom Staat unbedingt, unter allen Umständen, zu gewährleisten sind.

Betrachtet man detaillierter, was Putin in den Bereichen der Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungspolitik vorschlägt, verwundert es möglicherweise, dass er im Rufe von „Sozialdemokratismus“ (so Jurgens vom russischen Unternehmerverband RSPP) steht. Denn der Präsident betont, dass gerade wirtschaftsliberale Maßnahmen geeignet sind, „die Armut zu lindern“. Letztlich verschaffe hier nur Wirtschaftswachstum Abhilfe. Im russischen politischen Diskurs sind Armutsbekämpfung und Wirtschaftsförderung inzwischen praktisch Synonyme.

Die Frage der Terrorismusbekämpfung behandelt Putin gesondert. Er betont, dass die Probleme der Terrorismusbekämpfung nur solidarisch im Rahmen der UNO und des internationalen Rechts gelöst werden könnten – also nicht allein nach Maßgabe amerikanischer Vorgaben. Zugleich stellt der Präsident hier die Tschetschenienfrage in den Kontext des weltweiten amerikanischen Antiterrorkriegs („Auch Russland ist hier keine Ausnahme“), sucht also Anerkennung für die russischen „Sicherheitsinteressen“.

Für Putin ist und bleibt, zumindest rhetorisch, das russische Volk „die einzige Quelle der einzige Träger von Macht“. Nur das Volk dürfe – über seine gewählten Vertreter, also Duma und den Präsidenten – den Kurs des Landes bestimmen. Der außenpolitische Kontext dieser Äußerung und die beständige Betonung der Bedeutung russischer Unabhängigkeit legen nahe, dass ausländische Akteure unter dem Titel der Demokratisierung Russlands vom Einfluss auf das politische Geschehen zurückgedrängt werden sollen. Das bedeutet, dass das Verständnis von Demokratie, die Putin so deutlich in den Mittelpunkt seiner Rede stellt, auch eine Komponente der Unabhängigkeit russischer Politik von auswärtigen Interessen und Einflüssen einschließt.

Entsprechend polemisch wendet sich Putin gegen alle Vorwürfe des „Autoritarismus“: Wer die Demokratisierungserfolge Russlands bestreite, könne oder wolle dies nicht sehen und sei „nicht ganz ehrlich“. Die russische Demokratie mag also verbesserungsbedürftig sein, ist aber in jedem Fall eine Bastion russischer politischer Unabhängigkeit – und ihre Mängel kein Einwand gegen die aktuelle russische Politik. Eher im Gegenteil: da Putin demokratisch gewählt ist, verbieten sich grundsätzliche Einwände gegen seine Politik – schon gleich von Seiten des Auslands.

Vor diesem Hintergrund wendet sich Putin recht scharf gegen nicht-staatliche Organisationen (NGOs) in Russland. Diese suchten, so sein Vorwurf, meist bloß das Geld ausländischer Financiers oder „zweifelhafter kommerzieller oder Gruppeninteressen“ und schützten nicht die Interessen der russischen Bevölkerung, sondern vielmehr die ihrer Geldgeber („Man beißt nicht in die Hand, die einen füttert“). Damit sind offenbar die Aktivitäten von so gewichtigen Fonds wie der Soros-Foundation, aber auch die gesellschaftlichen Aktivitäten des Jukos-Konzerns angesprochen. Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen, Aktivisten gegen den Konflikt in Tschetschenien: alle diese Gruppen dürften sich nun ausgesprochen unwohl fühlen. Selbst im Bereich der Wissenschaftsförderung könnte sich diese neue polemische Wendung noch als relevant erweisen. Eine Stärkung russischer staatlicher Finanzierung für nicht-staatliche Organisationen findet allerdings keine Erwähnung – eine Zurückdrängung ungenehmen Einflusses kann auch kostenneutral durchgeführt werden, wenn moralischer (bzw. nötigenfalls dann auch administrativer) Druck ausgeübt wird.

Als Musterbeispiel einer gelungenen Förderung der Entwicklung von Elementen der Zivilgesellschaft, deren Bedeutung der Präsident so deutlich in den Vordergrund gestellt hatte, führt er dagegen die „Gesellschaftsräte“ in den Regionen an – regelmäßige Treffen der regi-

onalen Verwaltung mit den örtlichen NGOs, bei denen diese ihre Sorgen vortragen und auf Missstände aufmerksam machen. Sergej Mitrochin (Jabloko) merkt hierzu an: „Jeder, der in der Realität Bekanntschaft mit der Arbeit dieser Organisationen gemacht hat, weiß, dass dies reine Taschenstrukturen in den Regionen sind, die dazu noch von den Gouverneuren in Brot und Dienst gehalten werden.“

Welches Demokratieverständnis hinter der immer wiederkehrenden Betonung der Priorität von Demokratie und Zivilgesellschaft steht, erschließt sich, wenn wir Putins Erläuterungen des hier neu eingeführten politischen Schlagworts der „freien Gesellschaft freier Bürger“ näher betrachten: Eine treffliche Interpretation dieser Passage bietet uns Ljubow Sliska, Dumaabgeordnete und Schwergewicht der regierenden Partei „Einheitliches Russland“: „Das bedeutet, jeder muss in sich selbst verstehen, dass er in einem großen Land lebt, und in sich das Gefühl sowohl der Freiheit, als auch des Respekts vor dem Gesetz, vor der Macht erwecken.“ Dem ist nichts weiter hinzugefügt.

Redaktion: Henning Schröder

Dokumentation

Botschaft an die Föderalversammlung der Russischen Föderation (Auszüge)

Moskau, 26.5.2004, Webseite des Präsidenten der Russischen Föderation, russisch

Guten Tag, sehr geehrte Mitglieder des Föderationsrates, Abgeordnete der Staatsduma, sehr geehrte Bürger Russlands. (...)

Russland ist zum ersten Mal seit langer Zeit ein politisch und wirtschaftlich stabiles Land. Ein unabhängiges Land - sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in internationalen Angelegenheiten. (...) Unsere Ziele sind absolut klar: ein hohes Lebensniveau im Land, ein sicheres, freies und komfortables Leben. Eine reife Demokratie und eine entwickelte bürgerliche Gesellschaft. Die Festigung der Positionen Russlands in der Welt. Und das Wichtigste - ich wiederhole - eine deutliche Erhöhung des Wohlstands der Bürger.

(...)

Unsere Wirtschaft hat sich in den letzten vier Jahren insgesamt nicht schlecht entwickelt. In dieser Zeit hat sich das Realeinkommen der Bevölkerung um das 1,5fa-

che erhöht. Ich unterstreiche, das Realeinkommen. Um ein Drittel ist die Zahl der Personen mit Einkommen unter dem Existenzminimum zurückgegangen. Das Wachstumstempo unserer Wirtschaft lag im letzten Jahr bei 7,3 Prozent. In den ersten vier Monaten dieses Jahres bei 8 Prozent. (...)

Das wichtigste Wettbewerbskapital, die Hauptquelle der Entwicklung unseres Landes sind dessen Bürger. Damit das Land stabil und reich wird, muss alles für ein normales Leben jedes Menschen getan werden.

(...)

Verehrte Kollegen,

die Zugänglichkeit der Dienste des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Möglichkeit, eine Wohnung zu erwerben, werden uns helfen, das Armutsproblem zu bewältigen. Heute leben etwa 30 Millionen Bürger von

Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen. Eine hohe Zahl. Besonders deswegen, weil die Mehrheit der Armen im Land arbeitsfähig ist. Es ist ganz offensichtlich, dass die Bemühungen des Staates und des Business auf die weitere Erhöhung der Beschäftigung gerichtet sein müssen – besonders in Regionen, wo die Arbeitslosigkeit seit gezielten sozialen Unterstützung. Eine wirklich sichere Grundlage für eine langfristige Lösung der sozialen Probleme, darunter auch die Bekämpfung der Armut, kann nur ein Wirtschaftswachstum schaffen. Wir sind durchaus imstande, unser Wirtschaftspotenzial in zehn Jahren zu verdoppeln, wie wir in Jahren ein Problem ist, auf den Ausbau des kleinen und mittleren Unternehmertums, auf die effiziente Nutzung der Maßnahmen der bereits im letzten Jahr angekündigt haben. Imstande, wenn wir das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum mindestens auf dem Niveau des ersten Quartals dieses Jahres halten. Um so mehr sind wir bei Beibehaltung dieses Tempos imstande, das BIP pro Kopf nicht in zehn Jahren, sondern bereits 2010 zu verdoppeln.

(...)

Verehrte Abgeordnete der Staatsduma, Mitglieder des Föderationsrates!

Die Kontinuität des strategischen Kurses, die Fortsetzung der Reformen – die sich in den letzten Jahren bereits bewährt haben – sind die Grundlage unserer weiteren stabilen Entwicklung. Die einzige Quelle und der einzige Träger der Macht in der Russischen Föderation ist deren multinationales Volk. Und allein das Volk ist berechtigt und imstande – durch Institutionen des demokratischen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft – die Unveränderlichkeit der moralischen und politischen Grundlagen der Entwicklung des Landes viele Jahre im Voraus zu garantieren. Gleichzeitig müssen wir den Zustand unserer Demokratie auch kritisch bewerten. Ist das politische System in seiner heutigen Form ein Instrument der echten Macht des Volkes? Wie produktiv ist der Dialog zwischen der Macht und der Gesellschaft? Es ist offensichtlich, dass die junge russische Demokratie beim Prozess ihrer Entstehung bedeutende Erfolge erzielt hat. Derjenige, der sie heute hartnäckig nicht sieht oder nicht sehen will, der ist nicht ganz ehrlich. Trotz allem ist unser gesellschaftlicher Aufbau bis jetzt bei weitem nicht vollkommen. Wir müssen zugeben, dass wir ganz am Anfang des Weges stehen. (...)

Einige Worte zur Rolle der nichtstaatlichen Organisationen. In unserem Land existieren und arbeiten konstruktiv Tausende Bürgervereinigungen und -verbände. Bei weitem nicht alle sind jedoch darauf aus, die realen Interessen der Bürger zu verteidigen. Für einen Teil dieser Organisationen gehört es zur vorrangigen Aufgabe, durch einflussreiche ausländische Stiftungen finanziert zu werden. Die anderen bedienen zweifelhafte Gruppen und kommerzielle Interessen. Dabei bleiben die akuesten Probleme des Landes und dessen Bürger außer Acht. Ich muss sagen, dass die Stimme dieser Organisationen häufig nicht zu hören ist, wenn es um die Verletzung fundamentaler und grundlegender Menschenrechte geht, um die Verletzung der realen Interessen der Menschen. Das ist auch kein Wunder: Sie können nicht „die Hand beibeißen“, die sie füttert. (...)

Verehrte Freunde!

Heute habe ich von den wichtigsten gesamt-nationalen Aufgaben gesprochen. Ich bin der Ansicht, dass die Schaffung einer freien Gesellschaft freier Menschen unsere wichtigste Aufgabe ist. Aber auch die komplizierteste.

Die wichtigste, weil ein nicht freier, nicht selbständiger Mensch nicht imstande ist, sich um sich, seine Familie, seine Heimat zu kümmern. Eine komplizierte, weil die Freiheit nicht immer geschätzt wird. Weil viele noch weniger mit ihr umgehen können. (...)

Indem wir alles tun werden, um den Wohlstand der Bevölkerung zu erhöhen, werden wir auch weiterhin die demokratischen Errungenschaften des Volkes Russlands bewahren und verteidigen. Wir werden die Sicherheit des Staates festigen und dafür sorgen, dass die Schlüsselfragen der internationalen Politik zivilisiert, entsprechend dem internationalen Recht gelöst werden. Ich rechne mit der konstruktiven Zusammenarbeit aller Zweige und aller Ebenen der Macht.

Ich rechne mit der Unterstützung und Solidarität aller Bürger Russlands.

Mit ihrem Glauben an sich. An ihre Kräfte. An den Erfolg unseres Landes.

Danke für die Aufmerksamkeit. (lr)

Quelle: Deutsche Welle. Monitor Ost- / Südosteuropa Nr. 100. 26. Mai 2004 <www.dw-world.de/german/0,,2987,00.html>

Chronik

Vom 26. Mai bis zum 2. Juni 2004

26.5.2004	Im Irak werden zwei Angestellte von Interenergoservis bei einem Überfall getötet und acht verletzt.
26.5.2004	Amnesty International veröffentlicht seinen Jahresreport 2004. Russland wird darin wegen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, Missständen in den Gefängnissen und der Diskriminierung von Minderheiten kritisiert.
27.5.2004	Jukos teilt mit, dass es Ende des Jahres insolvent sein wird, wenn das Urteil des Moskauer Arbitragegerichts nicht revidiert wird. Daraufhin sinken Jukos-Werte um 11,6%.
27.5.2004	Der Direktor der russischen Föderalen Agentur für Atomenergie, Alexander Rumjanzew, und der U.S.-Energeminister Spencer Abraham unterzeichnen ein Abkommen, das vorsieht, dass die USA die Kosten für die Rückführung verbrauchter Brennelemente von allen Forschungsreaktoren übernehmen, die die UdSSR in anderen Ländern gebaut hat. Das Abkommen bezieht Reaktoren in 17 Staaten der GUS, Ostmitteleuropas und Südostasiens ein.
27.5.2004	Die Regierung der Republik Chakasia stellt 6,5 Mio. Rubel bereit, um die ausstehenden Lohnzahlungen der 156 Bergarbeiter zu bezahlen, die sich im Hungerstreik befinden.
27.5.2004	Unbekannte beschießen das Gebäude des Staatsrats in Grosny mit einem Granatwerfer.
27.5.2004	Das Katastrophenministerium evakuiert nach dem Angriff auf Angestellte von Interenergoservis die restlichen 239 Russen aus dem Irak. Dort verbleiben nur noch das Botschaftspersonal und etwa 10 russische Journalisten.
28.-29.5.2004	An einem Internationalen Wirtschaftsforum in Tbilisi (Georgien), zu dem auch der russische Wirtschaftsminister German Gref angereist ist, nehmen über 100 hochkarätige russische Geschäftsleute teil.
28.5.2004	Präsident Putin ernennt Valentin Sobolew, Jurij Subakow und Nikolaj Spasskij zu stellvertretenden Sekretären des nationalen Sicherheitsrates.
29.5.2004	Vizeadmiral Michail Abramow wird zum neuen Oberbefehlshaber der Nordmeerflotte ernannt.
30.5.2004	Bei einem Feuergefecht mit Truppen des inguschetischen Innenministeriums und des FSB werden drei tschetschenische Guerillakämpfer getötet.
31.5.2004	Laut russischen Medienberichten überprüft der Inlandsgeheimdienst FSB die ca. 1.000 Ausländer, die für das Mineralölunternehmen TNK-BP arbeiten, in dem die Tjumen Öl-Gesellschaft (TNK) und die russische Tochter von British Petroleum zusammengeschlossen sind.
31.5.2004	Sechs Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation fordern auf einer geschlossenen Sitzung den Parteivorsitzenden Gennadij Sjuganow zum Rücktritt auf.
31.5.2004	Russland schließt sich der Gruppe der Staaten an, die die Initiative gegen die von dem amerikanischen Präsidenten George Bush im Mai 2003 initiierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (PSI – „Proliferation Security Initiative“) unterbreitet haben. Eine russische Delegation nimmt am Treffen der PSI-Initiativgruppe in Krakau teil. 15 Staaten, darunter auch Russland, gehören zum sogenannten „Kern“ von PSI.
1.6.2004	Der Personenzug N381 trifft nach zweitägiger Fahrt von Moskau kommend in Grosny ein. Die Gesellschaft „Russische Eisenbahnen“ teilt mit, dass dies „die erste reguläre Fahrt zwischen Grosny und Moskau in den letzten 5 Jahren“ sei.
1.6.2004	Der russische Verteidigungsminister Viktor Iwanow empfängt in Petersburg seinen deutschen Amtskollegen Peter Struck und erörtert mit ihm Fragen der bilateralen Kooperation.
1.6.2004	Ministerpräsident Fradkow unterzeichnet einen Erlass, der die Länge des Alternativdienstes regelt. Je nach Vorbildung und Einsatzort variiert die Dienstzeit von 18 bis 42 Monaten.
2.6.2004	Der Fernsehsender NTV entlässt Leonid Parfonov, den populären Moderator der Sendung „Namedni“. Nachdem die Leitung des Senders ihm untersagt hatte, ein Interview mit der Witwe des in Katar ermordeten ehemaligen tschetschenischen Vizepräsidenten Jandarbiew, kritisierte Parfonow diese Entscheidung und publizierte den Verbotsbrief.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de